

## Es gilt das gesprochene Wort

*Meine sehr geehrten  
Damen und Herren des Stadtrates,  
liebe Mitbürgerinnen  
und Mitbürger,*

„Die Situation ist da“, pflegte der ehemalige Altbundeskanzler Konrad Adenauer gelegentlich zu sagen, wenn die Situation brenzlich und undurchsichtig wurde. Und jetzt ist es mal wieder so weit. Die vergangenen beiden Jahre brachten uns den guten Glauben an die gestalterischen Möglichkeiten der Kommunalpolitik zurück. Wir lebten in der Hoffnung, die schwierigsten Jahre seien überstanden, unsere Sparrunden würden sich gelohnt haben und in den kommenden Jahren würden wir unsere Finanzen weiter ordnen können.

Von diesem Wunschdenken haben wir uns im Laufe des vergangenen Jahres verabschieden müssen. Das Jahr 2010 hat uns voll in den „Würgegriff“ genommen.

Nicht nur uns, sondern viele andere Städte und Gemeinden auch. Wie schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu Beginn dieses Jahres:

*„Die größte kommunale Finanzkrise seit dem zweiten Weltkrieg droht, die kommunale Selbstverwaltung abzuwürgen.“*

Bei dieser Aussage bezog sie sich auf eine Umfrage des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen. Dieser hatte bei einer Haushaltsumfrage in den NRW-Kommunen im September letzten Jahres ermittelt, dass sich die Haushaltssituation in den Kommunen in diesem und im folgenden Jahr dramatisch verschlechtert. Nur noch 14 der 359 Mitgliedskommunen melden einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2010. Schon jetzt befinden sich 59 Kommunen im Haushaltsicherungskonzept. Ein Indiz für die kommunale Finanzmisere sei, der rasante Verzehr des Eigenkapitals. Die Ausgleichsrücklage wird nach der jüngsten Umfrage binnen kürzester Zeit in 232 Kommunen vollständig aufgezehrt sein. Zwei Drittel aller Kommunen in NRW werden bis zum Jahre 2013 über keine Ausgleichsrücklage mehr verfügen können.

Wer in den letzten Tagen und Wochen die regionale Presse verfolgt hat, wird auf viele Artikel gestoßen sein, die sich mit der finanziellen Misere auch der Kommunen des Münsterlandes beschäftigten. So konnte man in den WN vom 12. Januar 2010 unter der Überschrift „So klamm wie noch nie“ ein Zitat unseres Regierungspräsidenten nachlesen, der auf seinem Neujahrsempfang sich zu der Aussage hinreißen ließ:

*„Eine solche Situation haben die Gemeinden im Münsterland noch nicht erlebt.“*

Eine anlässlich zur Fertigung einer Stellungnahme zum Entwurf des Kreishaushaltes 2010 vorgenommenen Umfrage unter allen 11 Städten und Gemeinden des Kreises hat ergeben, dass die Ge-

meinde Ascheberg damit rechnet den Gesamtergebnisplan 2010, der sämtliche Erträge und Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausweist, mit

*minus 2,6 Millionen Euro*

abzuschließen;

die Stadt BILLERBECK mit

*minus 2,4 Millionen Euro;*

die Stadt COESFELD mit

*minus 5,5 Millionen Euro;*

die Stadt DÜLMEN mit

*einem noch größeren Minus von  
ca. 15 Millionen Euro;*

die Gemeinden HAVIXBECK

mit einem *Minus von mindestens  
2,5 Millionen Euro;*

die Gemeinde NORDKIRCHEN mit einem

*Minus von über  
1,8 Millionen Euro;*

die Gemeinde NOTTULN mit einem

*Minus von ca. 5,5 Millionen Euro;*

die Stadt OLFEN mit einem

*Minus 1,4 Millionen Euro;*

die Gemeinde ROSENDAHL mit einem

*Minus von 1,8 Millionen Euro;*

und die Gemeinde SENDEN mit einem

*Minus von 2,4 Millionen Euro*

werden rechnen müssen.

Minusbeträge in beachtlicher Höhe, die nicht hausgemacht sind, die ihre Ursachen in der Konjunkturkrise finden. Die aber auch – und das gesteht sogar der Bund der Steuerzahler in seiner Zeitschrift vom Januar 2010 zu – ihre Ursachen darin finden, dass die kommunalen Sozialaufwendungen extrem gestiegen seien.

„Erinnert sei an die Ausgaben für die Kleinkinderbetreuung, für die Unterbringung von Jugendlichen oder die Kosten für Unterkunft und Heizung für Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch. In der Praxis zeige sich, dass kaum ein Kämmerer gegen diese millionenschweren Mehraufwendungen ansparen kann. Hier sei die Politik in Berlin und Düsseldorf gefordert, mehr als bisher kommunale Interessen zu vertreten. Sinngemäß gelte dies auch für die Belastungen der Kommunen für den „Aufbau Ost“,“

so der Bund der Steuerzahler, der wie Sie ja alle wissen, der Ausgabenpolitik der Kommunen immer sehr kritisch gegenüber gestanden hat.

Manch einer rät uns jetzt:

*„Ihr müsst einfach sparsamer wirtschaften, dann kriegt Ihr schon die Kurve!“*

Wer sich auskennt, weiß, wir haben viele Sparpotentiale bisher schon ausgeschöpft:

- Vermögen veräußert
- Personal abgebaut
- Pflichtaufgaben noch effizienter erfüllt
- die freiwilligen Leistungen auf ein Minimum beschränkt
- die Investitionen auf ein historischen Tiefstand zurückgefahren.

Wenig hilfreich sind in dieser Situation auch die immer neuen Leistungsversprechungen auf den höheren staatlichen Ebenen. In diesem Jahr sollen in Nordrhein-Westfalen weitere 56.000 Ganztagsplätze an Schulen geschaffen werden. Die Klassen in Nordrhein-Westfalen sollen kleiner werden. Es soll ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für 2jährige eingeführt werden. Gleichzeitig sollen die Kindergartenbeiträge abgeschafft werden.

Über die Finanzierung finden Sie kein einziges Wort. Wenn Sie hier nach fragen, wird nur von einer allgemeinen Kraftanstrengung gesprochen. Was dies bedeutet, wo die Belastungen liegen, was gestrichen werden soll: Fehlanzeige auf der ganzen Linie.

Das Schlimme ist: Der Bürger differenziert nicht zwischen Bund und Ländern, Kreisen und Gemeinden. Für ihn ist alles „*der Staat*“. Das nutzen die anderen Ebenen des Staates aus. Sie wecken Erwartungen, die wir erfüllen müssen und nicht ablehnen können. Mitfinanzierung der anderen Ebenen: Fehlanzeige! Und wenn doch! Zu einem

geringeren Anteil! Solidarität zwischen den staatlichen Ebenen sieht anders aus.

Viele öffentliche Leistungen sind für die Kommunen schlichtweg nicht mehr finanzierbar – jedenfalls nicht mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Weniger Einnahmen, mehr Leistung – das passt nicht zusammen.

Bei Ihrem ersten Blick auf unseren Etatentwurf,

*meine sehr geehrten Damen und Herren,*

wird Ihnen schnell klar, dass auch uns finanziell schwierige Jahre bevorstehen.

Es gliche schon einem Wunder, wenn der Gesamtergebnisplan für die Stadt Lüdinghausen im Gegensatz zu allen anderen zehn Städten und Gemeinden im Kreis ein „**Plus**“ vorsehe. Um dies zu erreichen, müssten wir über die Fähigkeiten der bezaubernden Jeannie aus der amerikanischen Fernsehsendung der 60er Jahr verfügen. Jeannie war eine Blonde, wohlgeformte Flaschengeistin, die nur ihre Arme verschränken und mit den Augen zwinkern musste und – zapp, zupp – schon zauberte sie dieses herbei und jenes weg.

Wie Sie wissen,

*meine sehr geehrten Damen und Herren,*

verfügen wir leider nicht über diese Fähigkeiten der bezaubernden Jeannie, so dass auch unser Gesamtergebnisplan ein negatives Jahresergebnis von

**rund 2,9 Millionen Euro**

ausweist. Niedriger als viele andere Städte und Gemeinden im Kreis, aber dennoch ebenfalls besorgniserregend. Der Gesamtbetrag der Erträge beläuft sich auf

**39,3 Millionen Euro.**

Die Gesamtaufwendungen betragen

**42,2 Millionen Euro.**

Zu diesem Zeitpunkt bewahrheitet sich ein Sprichwort aus dem Norden unserer Republik, das da lautet:

*„Erst bei Ebbe,  
sieht man,  
wer nackt im Wasser steht!“*

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

Lüdinghausen, unsere Stadt, steht trotz aufgekommener Ebbe nicht nackt im Wasser und muss somit auch nichts, was man nicht sehen darf oder soll, mit einem Feigenblatt bedecken.

Durch umsichtiges und ausgewogenes Wirtschaften in der Vergangenheit bleibt uns zu mindestens die Badehose, dazu wohl auch noch Schwimmflossen, um bei hoffentlich eintretender Flut möglichst schnell wieder echte strukturelle Entwicklungen angehen zu können.

Um dieses zu erreichen,

*meine sehr geehrten Damen und Herren,*

muss die kommunale Familie zusammenstehen und gemeinsam für die Interessen unserer Städte und Gemeinden eintreten. Und dazu benötigen wir alle, jeden von Ihnen, jedes Ratsmitglied, jeden Fraktionsvorsitzenden und jeden Bürgermeister, ob haupt- oder ehrenamtlich. Nur dann können wir weiter erfolgreich arbeiten.

Erfolgreich arbeiten in der Gestalt, das wir uns gemeinsam dem Zerren und Reißen von Bund, Land und Kreis am Stoff unserer Badehose entgegenstellen, so dass wir uns in Zukunft weniger dem Kommunaldreikampf:

***„Kürzen, Streichen, Schließen“***,

als vielmehr der Gemeindeduathlon wieder weiter widmen:

***„Entwickeln und Gestalten.“***

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

was steht nun im Lüdinghauser Haushaltsplanentwurf des Jahres 2010? Gespannt werden Sie sicher auf dieses Ergebnis gewartet haben.

Die erfreuliche Nachricht für heute vorweg:

Der Ihnen zugehende Haushalt für 2010 ist buchungstechnisch durch die Inanspruchnahme eines großen Teils der Haushaltsrücklage ausgeglichen.

Damit ist auch in diesem Jahr keine aufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich, obwohl der Haushalt unter sehr, sehr schwierigen Rahmenbedingungen aufgestellt worden ist und wir mit dem Ergebnis – das betone ich ausdrücklich – keinesfalls zufrieden sein können.

Trösten kann uns lediglich, das es vielen Kommunen, auch im Kreis Coesfeld, finanziell sehr viel schlechter geht. Nur dieser Trost hilft uns nicht weiter.

*Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,*

der Entwurf der Haushaltssatzung 2010 mit ihren Anlagen wird Ihnen hiermit gemäß § 80 Abs. 2 GO NW zugeleitet.

Der Gesamtergebnisplan, wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, weist ein negatives Jahresergebnis in Höhe von **2.890.000 € aus**.

Das negative Jahresergebnis muss durch eine Verringerung der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Gegenüber dem kameralen Haushalt sind im NKF-Haushalt die Abschreibungen als Aufwand abzubilden. Nach vorläufigen Ermittlungen belaufen sich diese Abschreibungen auf **4.729.400 Euro**. Demgegenüber stehen auf der Ertragsseite die Sonderposten in Höhe von **3.441.100 €**. Bei den Sonderposten handelt es sich um Zuweisungen und Beiträge für Investitionsmaßnahmen. Sie sind als eigenkapitalähnlich einzustufen und wie die Investitionsmaßnahmen selbst über deren Nutzungsdauer aufzulösen und als Erträge zu verbuchen. Die Sonderposten mindern damit den Abschreibungsaufwand. Der „Netto-Aufwand“ aus Abschreibungen und Sonderposten beträgt für 2010 demnach **1.288.300 €**.

Dieser „Netto-Aufwand“ aus Abschreibungen in vorgenannter Größenordnung ist auch von zukünftigen Haushalten zusätzlich zu erwirtschaften.

Die Ausgleichsrücklage der Stadt Lüdinghausen beträgt **rd. 8,45 Mio. Euro**.

Gegenüber den Haushalten der vergangenen zwei Jahre konnte die Ausgleichsrücklage im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz um **0,75 Mio. Euro** angehoben werden.

Wie Ihnen bereits bekannt ist, ist die Ausgleichsrücklage nach den Vorschriften der Gemeindeordnung in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen. Die Ausgleichsrücklage hat die Funktion eines Puffers für Schwankungen des Jahresergebnisses und darf zum Ausgleich von Überschüssen und Fehlbeträgen in der Ergebnisrechnung eingesetzt werden.

Leider ist die Ausgleichsrücklage im dritten Jahr nach Einführung des NKF bereits bis auf rd. 640.000 Euro aufgezehrt.

Trotz dieser alarmierenden Zahl verzichtet die Verwaltung darauf, in diesem Jahr kommunale Steuererhöhungen vorzuschlagen. Zweifelsohne benötigt die Stadt mehr Einnahmen. Ich betrachte jedoch eine Erhöhung der Hebesätze zum aktuellen Zeitpunkt als kontraproduktiv für den Wirtschaftsstandort Lüdinghausen und als schädlich für das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit ihrer Stadt und schlage eine Belassung der aktuellen Hebesätze vor.

Die noch ausstehenden Jahresergebnisse 2008 und 2009 sollten abgewartet werden, ob die in den Jahren 2008 und 2009 eingeplanten Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage in voller Höhe benötigt werden.

Nach vorsichtiger Einschätzung gibt es Anzeichen dafür, dass die tatsächlich erforderlichen Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage unter den Planansätzen liegen. In den Haushalten 2008 und 2009 wurde noch von weit aus höheren „Netto-Aufwendungen“ aus Abschreibungen ausgegangen.

*Meine sehr geehrten*

*Damen und Herren Stadtverordnete,*

die Entwicklung in den kommenden Jahren wird zeigen, ob eine Erhöhung der Steuerhebesätze geboten erscheint. Dies wird maßgeb-

lich davon abhängen, ob die Bundes-, Landes- und Kreispolitik immer weitere Versprechungen für zusätzliche soziale Leistungen abgeben werden. Wenn die Bundes-, Landes- und Kreispolitik das tut, muss sie den Bürgern ehrlich sagen, dass sie dafür auch mehr Steuern bezahlen müssen. Notwendig ist es deshalb, die Leistungen auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren, ihnen effektiv zu helfen und den Menschen mehr Eigenverantwortung abzuverlangen. Nur so kann der Sozialstaat auf Dauer funktionsfähig bleiben.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,*

als grundsätzlich erfreulich ist die Entwicklung bei der Gewerbesteuer zu bezeichnen. Nach dem Einbruch und historischem Tief im Jahr 2005, haben die Gewerbesteuern in Lüdinghausen entgegen dem Trend in der Bundesrepublik in 2009 sogar einen Höchstwert von rd. **8,4 Mio.** Euro erreicht.

Da nicht erkennbar ist, ob sich dies hohe Niveau halten lässt, oder ob mit einer Verzögerung noch ein Einbruch wie in anderen Städten zu erwarten ist, wurde der Ansatz 2010 vorsichtig mit **7,0 Mio.** Euro in den Haushaltsentwurf eingestellt. Die erwarteten Einnahmen 2010 liegen aber dennoch um **700.000 Euro** über dem Ansatz von 2009.

Weniger erfreulich entwickelt sich der Anteil an der Einkommenssteuer. Nach Regionalisierung der November-Steuerschätzung des Städte- und Gemeindebundes können wir in 2010 lediglich mit einer Summe von rd. **7,15 Mio.** Euro rechnen. Somit werden auf Grund der konjunkturellen Einflüsse gegenüber dem Planansatz 2009 rd. **1,35 Mio.** Euro weniger vom Land erwartet.

Auf drei weitere wesentliche Haushaltspositionen möchte ich noch besonders eingehen:

### 1. Kreisumlage

Die Kreisumlage stellt mit **13.400.000 Euro** die mit Abstand größte Ausgabenposition im städtischen Haushalt dar. Gegenüber dem Jahr 2009 sind über **600.000 Euro** mehr an den Kreis abzuführen.

Innerhalb der letzten fünf Jahre (2005 – 2010) hat sich die Kreisumlage um über **40 % erhöht**. Von **9,4 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 14,2 Millionen Euro** im Entwurf des Kreishaushaltes 2010.

Ob bei einer solchen Entwicklung der Kreisumlage die Gewährleistung der verfassungsmäßig garantierten Finanzhoheit der Kommunen noch gegeben ist? Hinter dieser Frage ist ein großes Fragezeichen zu setzen.

Der Ansatz im städt. Haushalt berücksichtigt eine Erhöhung des allgemeinen Hebesatzes der Kreisumlage um **2,07 Prozentpunkte**. Daher ergibt sich gegenüber dem Haushaltsansatz des Vorjahres eine Erhöhung um rd. **323.000 Euro**, bezogen auf die Allgemeine Kreisumlage.

Bei der Kreisumlage – Mehrbelastung Jugendamt - ist für 2010 eine Erhöhung um **1,65 Prozentpunkte** vorgesehen. Der Landrat begründet diese Erhöhung mit den gesunkenen Umlagekraftmessen, wodurch sich die Umlagegrundlagen der Städte und Gemeinden im

Kreis Coesfeld für die Berechnung der Jugendamtsumlage verringert hätten. Allein die Erhöhung der Jugendamtsumlage beträgt damit rd. **290.000 Euro**.

Der Anteil der Kreisumlage an den Gesamtaufwendungen des Haushaltes 2010 beträgt **rund 34,0 %**. Tatsächlich ist der Anteil an den Gesamtaufwendungen noch um einiges höher, da in den Gesamtaufwendungen 2010 einmalige Aufwendungen enthalten sind, die aus Mitteln des Konjunkturpaketes II finanziert werden. Rein rechnerisch bleibt festzuhalten, dass mittlerweile mehr als jeder dritte Euro an den Kreis abzuführen ist.

In den vergangenen 10 Jahren, - von 2000 bis 2009 - hat allein die Stadt Lüdinghausen 99 Millionen Euro Kreisumlage an den Kreis abgeführt.

## **2. Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale**

Die Höhe der Schlüsselzuweisungen beträgt **7.185.000 €**. Das ist gegenüber 2009 ein Plus von **1.871.000 €**. Der Anstieg der Schlüsselzuweisungen liegt in der deutlich gesunkenen Steuerkraftzahl der Stadt begründet. Die Steuerkraftzahl ist gegenüber dem letzten Jahr um fast **2,4 Mio. €** zurück gegangen.

An Investitionspauschale nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz erhält die Stadt **870.500 Euro**, dass sind rd. **100.000 Euro** weniger als im Vorjahr.

### 3. Schulpauschale und Sportpauschale

Die Schulpauschale von 770.000 Euro liegt um 13.000 Euro unter dem Ansatz des Vorjahres. Die Sportpauschale in Höhe von 65.000 Euro ist gegenüber dem Vorjahr in etwa unverändert geblieben.

*Meine sehr geehrte  
Damen und Herren,*

in den Haushaltsreden vergangener Jahre habe ich an dieser Stelle über die Entwicklung des Budgets – Zentrale Finanzwirtschaft berichtet.

Nach den Regeln des neuen Haushaltsrechtes verteilen sich diese Positionen nunmehr auf 4 Produkte bzw. Teilergebnispläne. Diese 4 Teilergebnispläne („Zentrale Finanzwirtschaft“, „Steuern und Gebühren“, „Allgemeine Zuweisungen, Umlagen“ und „Finanzierungs- und Liquiditätsmanagement“) bilden nun die Finanzierungsbudgets des Ergebnisplanes.

*Der Produktbereich 16 „Allgemeine Finanzwirtschaft“* (siehe HH-Plan S. 52) ist für die Finanzierung des Gesamthaushaltes von wesentlicher Bedeutung. Er schließt insgesamt mit einem Überschuss von rund 11.960.000 Euro ab. Im Vorjahr waren es noch etwa 1 Mio. Euro weniger.

Ich möchte Ihnen, bezogen auf einzelne Positionen, größere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr nennen.

Bei den ERTRÄGEN

eine Erhöhung von 75.000 Euro Eigenkapitalverzinsung (Abwasserwerk)

ein Plus von 800.000 Euro bei der Gewerbesteuer

ein Minus von 1.347.000 Euro beim Anteil an der Einkommensteuer

ein Plus von 1.871.000 Euro bei den Schlüsselzuweisungen

ein Plus von 124.000 Euro bei den Kompensationsleistungen

Bei den Aufwendungen

ein Mehr von 600.000 Euro bei der Kreisumlage.

ein Plus von 216.000 Euro bei den Gewerbesteuer-Umlagen.

Der Haushalt 2010 stellt sich anders dar, als wir uns das gewünscht haben: Er zwingt uns zu Sparmaßnahmen. Wir haben in den letzten Wochen innerhalb der Verwaltung intensiv über den Haushalt 2010 beraten und gewissenhaft das Sparpotential analysiert. Wir haben jede gewünschte Neuausgabe auf den Prüfstand gestellt und darüber beraten, wo wir investieren müssen, wo wir Investitionen verschieben können und wo wir aus guten Gründen trotzdem investieren wollen.

Auf einen Vergleich und auf Erläuterung einzelner Aufgabenblöcke des vorliegenden Haushaltsentwurfes möchte ich verzichten. Bei den Beratungen in den zuständigen Ausschüssen wird näher darauf einzugehen sein.

Auf drei Bereiche möchte ich an dieser Stelle noch besonders eingehen.

Das sind die

- PERSONALKOSTEN,
- das KONJUNKTURPAKET II und das HALLENBAD,

das uns alle bereits seit einiger Zeit beschäftigt.

### **Personalkosten**

Die Entwicklung der Personalaufwendungen zeigt deutlich den Erfolg der Konsolidierungsbemühungen trotz tariflicher und sonstiger Mehraufwendungen. Die Personalaufwendungen betragen nur noch 18% der ordentlichen Aufwendungen des Gesamthaushaltes.

Seit der Untersuchung durch die Gemeindeprüfungsanstalt im Jahr 2005 konnten die Personalkosten, wie schon in den vergangenen Jahren, wiederum gesenkt werden.

So fällt in diesem Jahr der Ansatz für Personalaufwendungen mit 7.629.200 Euro um ca. 125.000 Euro geringer aus als im Vorjahr. Diese Absenkung konnte erzielt werden, obwohl die 1,2 %-ige Erhöhung der Dienstbezüge bei den Beamten und die tariflich zu erwartende Erhöhung der Vergütung (mit einem 1,5 %-igen Plus geplant) immerhin mit einem Wert von ca. 100.000,- € anfallen werden.

Zudem sind aufgrund der Verpflichtung zur Übernahme von neuen gesetzlichen Aufgaben, hier sei die Durchführung der Dichtheitsüberprüfung von privaten Abwasserleitungen genannt, und der Ausweitung des Umfangs von pflichtigen Aufgaben (Zunahme der Fallzahlen im SGB II seit 2008/Veränderter Personalschlüssel bei der Abrechnung) zusätzliche Personalkosten im jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf aufgefangen worden.

Sollten sich die Vorstellungen der Gewerkschaften mit einer 5 %igen Steigerung durchsetzen, sehe dies Ergebnis natürlich anders aus.

Die in den vergangenen Jahren erfolgte Reduzierung der Personalkosten hat dazu geführt, dass in vielen Bereichen der Verwaltung bei den derzeitigen Standards Belastungsgrenzen erreicht sind und ich meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den letzten Jahren einiges zugemutet habe. Zukünftig wird eine weitere Reduzierung der Personalkosten nur mit dem gleichzeitigen Abbau von Standards und Aufgaben möglich sein.

## **Konjunkturpaket II**

Aus dem Konjunkturpaket entfallen ab dem Jahr 2009 auf die Stadt für Infrastrukturmaßnahmen 1.114.007 Euro und für Bildungsinvestitionen 2.122.688 Euro (insgesamt 3.236.695 Euro).

Die zu erwartenden Zuwendungen aus Konjunkturmitteln können allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass ab 2012

12,5 vom Hundert der Fördermittel im Rahmen eines verminderten Finanzausgleichs an das Land zurückerstattet werden müssen und somit künftige Haushalte belastet werden.

Mit einem Teil der Maßnahmen wurde bereits in 2009 begonnen, zwei Maßnahmen wurden in 2009 bereits abgeschlossen.

Die für 2010 vorgesehenen Maßnahmen wurden nunmehr in Einzahlung und Ausgabe in den Haushalt 2010 eingestellt. Es handelt sich dabei um die Maßnahmen:

Wirtschaftsweg Schöler-Stroetken, Fahrbahnerneuerung	245.000 €
Burg Lüdinghausen Keller Westflügel / Ausbau zum Stadtarchiv	255.000 €
Öffentliche WC-Anlage Burgstraße: Sanierung Sanitäranlagen	30.000 €
Heizung und Dämmung Biologisches Zentrum	57.000 €
Feuerwehr Lüdinghausen, Dachdämmung und Neueindeckung	70.000 €
Ausbau Dachgeschoss/Dachdämmung Steverstraße 34	60.000 €
Stadion Lüdinghausen – Umkleide I+II Dämmung/Fenster/Heizung	85.000 €
Mollstraße, Dämmung Dachgeschoss	42.000 €

Fenster und Eingangstüren	
Bauhof: Erneuerung Heizung; Sanierung Waschraum/Dusche	43.000 €
Wirtschaftsweg Bechtrup (Verstärkung des Straßenaufbaus)	207.000 €
Sanierung WC-Anlage Gemeinschaftshauptschule	75.000 €
Realschule (Brandschutzrechtliche Verbesserungen)	35.000 €
St. Ant.-Gymnasium Umbau/Ausbau Turnhalle/Aula	1.700.000 €

Unter dem nächsten Tagesordnungspunkt werden Sie über die Maßnahmen noch im Einzelnen zu entscheiden haben.

## **HALLENBAD**

In den zwei vorangegangenen Tagesordnungspunkten haben wir über das Thema Hallenbad umfassend beraten. Deshalb will ich an dieser Stelle auf die finanziellen Auswirkungen kurz eingehen. Kurz deshalb, weil das Ergebnis der europaweiten Ausschreibung abgewartet werden muss, um u. a. verlässlichere Anhaltspunkte für die zu erwartenden zusätzlichen Belastungen, die die Haushalte künftiger Jahre zu stemmen haben, zu erhalten.

**250.000 Euro** wurden vorsorglich für die Unterhaltung und den Betrieb des Bades in den Haushalt eingestellt. Weitere **70.000 Euro** sind für Ausschreibung und anwaltliche Beratung vorgesehen. Wie Sie

alle wissen, verursacht das Bad Kosten, obwohl kein Badbetrieb derzeit stattfindet.

*Meine sehr verehrten  
Damen und Herren Stadtverordnete,*

wenden wir uns jetzt den geplanten Investitionsmaßnahmen im Jahre 2010 und den Folgejahren zu. Diese geplanten Investitionsmaßnahmen werden auch in diesem Jahr geprägt sein an die hohen Erwartungen an eine erfolgreiche Kinder-, Jugend-, Sport- und Bildungspolitik. Mit diesen Investitionen in die Zukunft belegen wir eindrucksvoll, dass wir uns zu Recht als Stadt der „Familie“ bezeichnen können.

Einen besonderen Stellenwert haben sicherlich die Planungen im Zusammenhang mit der Errichtung einer Leistungssporthalle. Auch wenn die Umsetzung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, sind für notwendige Planungsleistungen im Haushaltplan 2010 bereits Mittel vorgesehen.

Einen besonderen Stellenwert genießt in diesem Jahr sicherlich auch der Beginn der Sanierung und Erweiterung der Marienschule, die Sanierung des St. Antonius Gymnasiums, der Ausbau der Übermittagsbetreuung an der Haupt- und Realschule als auch der weitere Ausbau der U3-Betreuung.

Der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit beläuft sich nach dem Haushaltsentwurf 2010 auf **7.748.900 Euro**.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit beläuft sich in 2010 auf **5.465.100 Euro**.

*Verehrte Stadtverordnete,*

die Deckungslücke von **2.283.800 Euro** zu den Auszahlungen bedeutet in diesem Jahr erfreulicherweise nicht, dass dafür Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden müssen, sondern der Kurs der weiteren Entschuldung fortgesetzt werden kann.

Der positive Kassenbestand, der sich aus den Abschlüssen der Vorjahre ergeben hat, versetzt die Stadt in die Lage, die Investitionen ohne die Aufnahme von Krediten zu finanzieren, womit die Verschuldung der Stadt weiter gesenkt wird. Hatte die Stadt Ende 2005 noch einen Kreditbestand von **7.032.000 €**, so werden es Ende 2010 nur noch **5.443.000 €** sein.

Somit konnte die Stadt in diesem Zeitraum kontinuierlich ihren Darlehensbestand tilgen - in Höhe von insgesamt **1.589.000 €**. Dies entspricht **22,6%** des Kreditbestandes von Ende 2005.

Das zeigt, dass die Stadt den Weg des Schuldenabbaus **konsequent verfolgt**.

Als Folge davon konnten auch die Zinsausgaben von 270.000 € auf aktuell 233.000 € gesenkt werden.

Im Vergleich zu anderen Kommunen hat Lüdinghausen einen sehr niedrigen Kapitaldienst.

Ein großer Beitrag zur weiteren gemeinsamen beschlossenen Haushaltskonsolidierung.

Ich hoffe, dass wir bei der Auswahl der Maßnahmen 2010 – auch in Ihrem Sinne - den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Die Investitionsmaßnahmen, die ich Ihnen für dieses Jahr vorschlagen möchte, entnehmen Sie bitte dem vorliegenden Haushaltsplan. Eine Zusammenstellung der Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von mehr als 30.000 Euro finden Sie auch im Vorbericht.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle

den Endausbau Stadtfeld II	1.336.000
die erweiterte . Übermittagsbetreuung an der Realschule	1.170.000
die Erweiterung der Marienschule	1.150.000
der Umbau und die Sanierung Alte Turnhalle/Aula St. Antonius-	1.000.000

Gymnasium	
Sowie den Endausbau der Rudolf-Diesel-Straße	250.000

Soviel zu den Investitionen bezogen auf das Jahr 2010.

*Meine Damen , meine Herren,*

der Haushalt 2010 und die Finanz- und Investitionsplanung bis 2013 sind unter Berücksichtigung der heute erhältlichen Daten aufgestellt worden.

Die Entwicklung der Kommunalfinanzen hat besonders in den letzten Jahren immer wieder Überraschungen gebracht, so dass Zahlen von Heute bereits Morgen schon wieder Makulatur waren. Es bleibt zu hoffen, dass der Bund und das Land verlässlichere und berechenbare Partner werden, die den Städten und Gemeinden bei ihren Finanzentscheidungen die „Luft zum Atmen“ nicht gänzlich nehmen bzw. um bei meinem Eingangsbild zu bleiben, Ihnen Ihre Badehosen belassen und nicht weiter an deren Stoffen ziehen. Denn Zukunft entsteht nicht nur beim Bund, beim Land oder beim Kreis. Zukunft entsteht vor der Haustür. Zukunft entsteht bei den Kommunen. Zukunft entsteht hier!

Die jüngsten Bemühungen und Entscheidungen zur Konsolidierung des städt. Haushaltes sollten auch nicht dazu dienen, dem Land und dem Bund die Möglichkeit zu bieten, den Städten und Gemeinden immer neue Aufgaben zu übertragen, ohne für die entsprechenden

Gegenfinanzierung gesorgt zu haben. Das verfassungsmäßig beschlossene Konexitätsprinzip:

*„Wer bestellt, der bezahlt auch!“*,

sollten sie sehr ernst nehmen.

In den Haushaltsjahren 2010 bis 2013 decken die Einzahlung nicht die Auszahlungen, so dass zum Ausgleich weiterhin Mittel der Ausgleichsrücklage und voraussichtlich ab 2011 Kassenkredite in Anspruch genommen werden müssen. Unsere Hauptaufgabe wird sein, alles daran zusetzen, keine neuen Kredite aufzunehmen und alles erdenklich Mögliche in Erwägung zu ziehen, um nicht in die Haushaltssicherung abzurutschen.

Das Investitionsvolumen im Investitionsplanungszeitraum 2010 – 2013 erreicht über **16 Mio. Euro**. Das zeigt, dass wir auch in den nächsten Jahren in unsere Zukunft investieren werden und damit an unsere Zukunft weiter glauben. Schwerpunkte dieses Investitionsvolumens werden weiterhin der Kindergarten-, der Schulbau als auch der Sporthallenbau sein. So sieht alleine der Investitionsplan

- 2011 für den **Schulbereich** weitere **2.745.000 Euro** vor, wobei alleine
- im Jahre 2011  
**1.150.000 Euro** auf die **St. Mariengrundschule**
- und **1.000.000 Euro** auf die Umgestaltung Schulhof / Erweiterung **Hauptschule** entfallen.

- 4 Millionen Euro sind in den Jahren bis 2013 für den Bau einer Sporthalle vorgesehen.

*Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,*

*„Furcht verhindert Zukunft“*

hat Jürgen Rüttgers in seiner Weihnachtsansprache gesagt. Die kommunale Selbstverwaltung erlebt stürmische Zeiten. Die Wirtschaft- und Finanzkrise hat uns hart getroffen.

Aber wir haben keinen Grund zur Furcht, weil wir wissen: Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Erfolgsmodell. Wenn es die Selbstverwaltung nicht gäbe:

**Man müsste sie erfinden.**

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen starke und leistungsfähige Kommunen. Deshalb bin ich sicher:

Wir werden auch diese Krise überstehen. Unsere Stadt hat schon viele Krisen überstanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es gäbe noch viel zu sagen – vieles, was es auch wert wäre, ausführlich dargestellt zu werden, wie etwa das in Bezug auf eine Haushaltskonsolidierung zu nennende Zitat der Mitbegründerin der Bertelsmann Stiftung Liz Mohn:

*„Wer bei der Verwaltung Mittel sparen will, muss die Verwaltung dorthin verlagern, wo die Aufgabe tatsächlich anfällt und dies sind die Städte und Gemeinden.“*

Ein Blick auf die Uhr verrät mir jedoch, dass ich Ihnen heute am 4. Februar 2010, zu Beginn des Jahres schon viel zugemutet habe. Für Ihr zuhören, aber auch für Ihre Geduld bedanke ich mich. Genau so wie ich Dank sagen möchte, allen, die am Zustandekommen dieses Etatentwurfes beteiligt waren. Ganz besonders bei Herrn Tuschmann, dem ich von dieser Stelle die herzlichsten Genesungswünsche überbringen möchte.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Vertretern im Ehren- und Hauptamt, Herrn Weiland, Herrn Friedenstab und Herrn Dr. Scheipers, bei allen Stadtverordneten, den Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Waldt, Herr Spiekermann-Blankertz, Herrn Mönning, Herrn Kehl und Herrn Schwarzenberg sowie bei allen Fachbereichsleitern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich bin überzeugt, dass es uns gelungen ist, den engen Gestaltungsspielraum, den wir als Kommune noch haben, mit der vorliegenden Planung optimal zu nutzen. Wir werden mit der vorliegenden Planung die wichtigsten Herausforderungen dieses Jahres meistern.

Um es nochmals mit den Worten von Liz Mohn zu sagen:

*„Was wir heute unternehmen, entscheidet über die Spielräume der Welt von morgen.“*

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!